

*Gelebter Glaube hemmt nicht, sondern erregt und stimuliert den Drang
zum Wissen, zur Erkenntnis.*
Carl Zuckmayer

Warum so befangen?

Kaum ein Leser der umfangreichen Erklärung zum Thema „Ehe und Familie“, die von der Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz im Mai dieses Jahres vorgelegt wurde, dürfte gerade ihren einleitenden Passagen besondere Aufmerksamkeit geschenkt haben. Vielleicht schon deshalb nicht, weil ihm ähnliche Sätze aus anderen *Verlautbarungen der deutschen Bischöfe zu pastoralen und gesellschaftspolitischen Fragen* aus den letzten Jahren vertraut sind. So heißt es gleich im ersten Abschnitt der Erklärung: „Denn die wachsende Verunsicherung und die Zukunftssorge vieler Menschen hängen ohne Zweifel mit dem Verfall des öffentlichen und des persönlichen Wertbewußtseins zusammen.“ Das Stichwort „Verfall des Wertbewußtseins“ schlägt ein Motiv an, das in steter Regelmäßigkeit dort auftaucht, wo sich die Bischofskonferenz in den letzten Jahren zur Situation der Gesellschaft in der Bundesrepublik geäußert hat. Hier ist nicht so sehr auf die einzelnen inhaltlichen Schwerpunkte der Hirtenbriefe und Erklärungen zurückzublicken, sondern auf ihren unverkennbaren *Grundton*. So hieß es 1972 in der „Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zur gesellschaftspolitischen Entwicklung“: „Heute greifen wir ein Thema auf, das in letzter Zeit viele Menschen in unserem Volk bewegt. Es ist die immer mehr um sich greifende Zerrüttung der menschlichen Grundwerte.“ 1976 wird in „Gesellschaftliche Grundwerte und menschliches Glück“ festgestellt: „Nun zeigen sich gegenwärtig Verschiebungen im Wert- und Normbewußtsein unserer Gesellschaft. Viele Bürger stehen kritisch, wenn nicht ablehnend gegenüber verpflichtenden Ansprüchen des Sittengesetzes.“ Ein Jahr später erklärten die Bischöfe zum Terrorismus: „Hand in Hand damit ging vielfach geradezu eine zynische Herabsetzung der Grundwerte und Grundhaltungen eines menschenwürdigen Lebens... Wurden so nicht Fundamente untergraben, ohne die unsere Gesellschaft ihre Stabilität verliert?“

Nun besteht freilich keine der zitierten Verlautbarungen nur aus solchen und ähnlichen Kassandrarufern. Es finden sich immer auch Hinweise auf hoffnungsvolle Anzeichen

neuen Wertbewußtseins, Aufrufe gegen bloße Resignation und Plädoyers für Mut zur Zukunft. Dennoch, sucht man nach einem *roten Faden*, so kann er wohl nur bei Begriffen wie Verfall, Schwund, Zerstörung, Abbau gefunden werden. Die als Ausgangspunkt gewählte Ehe- und Familienklärung entspringt – so die Bischöfe – „der tiefen Sorge, daß auch das Bewußtsein von diesen Grundwerten und den sittlichen Verbindlichkeiten schwindet“. Hier ist schon das „auch“ symptomatisch: Die konkreten Grava-mina in bezug auf Ehe und Familie werden einem *dunklen Hintergrund des gesellschaftlichen Wertzerfalls* zugeordnet. Auch die früheren Erklärungen zeichnen eine Gesellschaft, die dabei ist, fundamentalste Werte über Bord zu werfen, und die ihre Freiheit weitgehend mißbraucht.

Wenn Kritik über das Ziel hinauschießt

Es hieße nun allerdings das Kind mit dem Bade ausschütten, würde man im Gegenzug einfach behaupten, so etwas wie gesellschaftlichen und privaten Wertzerfall gebe es überhaupt nicht. Hier ist bei allem Unbehagen gegenüber den zitierten Verlautbarungen differenzierter zu argumentieren: Zum einen wird niemand den Bischöfen verwehren, dann das Wort zu ergreifen, wenn sie sittliche Überzeugungen in Gefahr sehen, die nicht nur für die Kirche, sondern für das menschliche Zusammenleben überhaupt von grundlegender Bedeutung sind. Schließlich wird ihnen oft genug das Schweigen ihrer Vorgänger im Dritten Reich vorgehalten. Zum anderen ist ja nicht zu bestreiten, daß sie teilweise auf Entwicklungen hinweisen, die auch bei einem unbefangeneren Blick Grund zur Besorgnis geben. Um nur das in der Sicht der Bischöfe schwerwiegendste Problem zu nennen: Angesichts der steigenden Zahlen der offiziell gemeldeten Abtreibungen sind es gegenwärtig nicht nur katholische Bischöfe, die mahnen, warnen oder anklagen. In den letzten Monaten haben sich dazu auch etliche protestantische Kirchenführer zu Wort gemeldet. Bischof *Cläß* nannte es „eine der Teufeleien dieser Welt“, daß in einem der reichsten Länder

der Erde ungeborenes Leben aus sozialen Gründen gemordet werde (epd, 29. 6.). Bischof *Heintze* meinte, ein Großteil der Schwangerschaftsabbrüche nach der sozialen Indikation sei vermutlich „aus reiner Bequemlichkeit und aus bedenklicher Mißachtung des Lebens“ erfolgt (epd, 28. 6.).

Man muß schon auf das „Pastorale Wort“ der Deutschen Bischofskonferenz vom Mai 1976 zurückgreifen, um deutlich zu machen, wo die eigentliche Schwachstelle ihrer Argumentation steckt. Während eine Erklärung des Rates der EKD damals mit dem Satz begann: „Das neue Recht stellt den Verantwortlichen in Kirche, Staat und Gesellschaft die doppelte Aufgabe, ungeborenes Leben zu schützen und Frauen, die durch Schwangerschaft in Bedrängnis geraten sind, zu helfen“, urteilte die Bischofskonferenz: „Diese Regelung erschüttert das Fundament unseres Rechtsstaats, sie zerstört das sittliche Bewußtsein der Bürger und macht die Gesellschaft nicht menschlicher, sondern unmenschlicher.“

Auch wenn man die Kritik der Bischöfe an der Reform des § 218 teilt, sind gegenüber einer solchen Formulierung starke Bedenken angebracht. Die wachsende Zahl registrierter Abtreibungen hat das Fundament des Rechtsstaats in den letzten Jahren nicht zerstört, auch nicht ernsthaft in Gefahr gebracht. Sie signalisiert Verschiebungen im Wertbewußtsein, mit denen man sich auseinandersetzen muß. Daß dieses Wertbewußtsein aber nicht der bischöflichen Verfallslogik folgt, zeigt sich auch daran, daß sich offensichtlich die düsteren Prophezeiungen nicht erfüllt haben, die in dem Satz gipfelten: „Was könnte Menschen noch daran hindern, nicht nur über das ungeborene, sondern auch über das geborene Leben willkürlich zu verfügen.“ Auch im Zusammenhang mit dem Bischofswort „Das Lebensrecht des Menschen und die Euthanasie“ von 1975 ließe sich die Problematik solcher Argumentation aufweisen: Die *konkrete Kritik* an gesetzgeberischen Maßnahmen und gesellschaftlichen Trends verliert viel an Schärfe und Wirkung, wenn sie immer schon mit *globalen Vorwürfen* und *dunklen Befürchtungen* verbunden wird.

Es liegt die Versuchung nahe, vom Teil aufs Ganze zu schließen und so die eine große Verfallsbewegung zu deduzieren. Dadurch geraten dann leicht in sich sehr verschiedene Strukturveränderungen oder Wertverschiebungen auf die gleiche Ebene. So nennt z. B. das bischöfliche Wort „Gesellschaftliche Grundwerte und menschliches Glück“ unter der Überschrift „Die Grundwerte werden angefochten“ nicht nur die Diskussion über das Recht auf Leben, sondern im gleichen Atemzug auch die Herausforderung des Demokratieverständnisses und die Vorstellung, gesellschaftliche Probleme durch Klassenkampf lösen zu können. Dabei besteht dann die Gefahr, daß ausgesprochene Randerscheinungen durch die Subsumtion unter den generellen Wert- und Normenschwund eine symptomatische Bedeutung erhalten, die ihnen bei einer nüchterneren Betrachtung der Dinge keineswegs zukommt.

Schließlich: Werden gefährliche Tendenzen im unbestimmt-unklaren Passiv angesprochen („Hier und da wird bereits das Demokratieverständnis überhaupt in Frage gestellt“), nicht aber präzise benannt, läßt sich mit ihnen trefflich argumentieren.

Konservative Grundhaltung mit problematischer Wirkung

Woher kommt eigentlich dieser pessimistische, anklagende Zug? Was führt zu solchen globalen Urteilen über den Ausfall von Grundwerten, die zwar durchaus ihr fundamentum in re haben, aber doch weit übers Ziel hinauschießen? Zunächst ist es sicher die Tatsache, daß das theologisch begründete Wächteramt gegenüber der Gesellschaft mit Hilfe eines *konservativer Gesellschaftskritik entstammenden Verfallsschemas* wahrgenommen wird. Dieser Befangenheit entspricht das grundsätzliche Mißtrauen gegenüber allem, was sich mit Stichworten wie „Emanzipation“ oder „Konflikt“ einführt. Man sollte in diesem Zusammenhang auch nicht das Ideologieverständnis der bischöflichen Erklärungen außer acht lassen: Wenn im eingangs zitierten Ehe- und Familienpapier festgestellt wird: „Familiengefährdend sind auch jene Einflüsse in der Gesellschaft, die von bestimmten ideologischen Vorurteilen ausgehen“, dann ist daran sicher nicht die Kritik an Auswüchsen emanzipatorisch-antirepressiver Pädagogik zu tadeln; vielmehr scheint es bedenklich, wenn Ideologien oder ideologische Vorurteile grundsätzlich in der linken Ecke angesiedelt werden, während die ideologiekritische Wachsamkeit gegenüber eigenen – einseitig konservativ eingefärbten – Positionen eher unterbleibt.

Offenbar ist hier eine beträchtliche Portion *Nostalgie* im Spiel. Wenn die Bischöfe 1972 feststellen: „Noch in den fünfziger Jahren wurde die Übereinstimmung der entscheidenden Rechtsnormen mit dem Sittengesetz als selbstverständlich vorausgesetzt“, oder 1976 schreiben: „In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Befreiung von nationalsozialistischer Gewalt wußte unsere Gesellschaft deutlicher und übereinstimmender, was sie für die Zukunft wollte“, dann wird der schlechten Gegenwart ein Glück der frühen Jahre kontrastiert, das sich bei genauerem Hinsehen doch weniger eindeutig ausnimmt. Gerade im Zusammenhang der neueren Grundwertedebatte ist darauf hingewiesen worden, daß der damalige Konsens nicht nur mit einem klareren Wertbewußtsein nach der gemeinsamen Erfahrung der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und des totalen Zusammenbruchs, sondern auch mit dem einsetzenden Wirtschaftswunder zusammenhing, das vieles an diesem Konsens selbstverständlich erscheinen ließ, ohne daß weiter über Grundsatzfragen gestritten werden mußte. Immerhin war man von kirchlicher Seite in der unmittelbaren Nachkriegszeit eher skeptisch: Auf dem Mainzer Katholikentag von 1948 war viel von Deutschland als „Missionsland“ die Rede.

Die genannten Grundhaltungen werden wohl nicht zuletzt von einem soziologischen Faktor begünstigt, auf den *Franz-Xaver Kaufmann* aufmerksam gemacht hat. Er analysiert die „Alltagswelt der Bischöfe“ vor allem im Blick auf ihr Eingebundensein in den kirchlichen Apparat und kommt zu dem Schluß: „Ihre zentrale Stellung führt dazu, daß sie in der Wahrnehmung außerkirchlicher Gegebenheiten und im Verstehen fremder Gesichtspunkte außerordentlich beeinträchtigt sind“ (Orientierung, 30.6.1979, S.141).

Genauso wichtig wie die Rückfrage nach möglichen Ursachen für den anklagend-pessimistischen Grundton ist der Blick auf dessen *Wirkungen*. *Wolfgang Seibel* schrieb zu Recht in einem ähnlichen Zusammenhang: „Wenn man jedoch nur klagt und anklagt, hilft man weder den Christen noch den Nichtchristen“ (Stimmen der Zeit, Juni 1977, S. 362). Den Christen ist nicht geholfen, weil die einen durch die bischöflichen Erklärungen vielfach nur in ihren oft recht unaufgeklärten Vorurteilen gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Entscheidungen der letzten Jahre bestärkt werden. Diejenigen, die nicht von vornherein konservative Deutungsschemata teilen, werden nicht gerade dazu ermuntert, ihren Bischöfen – wenn sie es überhaupt noch tun – aufmerksam und lernbereit zuzuhören.

Die Bischöfe wollen mit ihren Erklärungen alle gesellschaftlichen Gruppen und Schichten ansprechen und an ihre Verpflichtung gegenüber sittlichen Normen und Grundwerten erinnern. Auch dafür ist der Ton ihrer Verlautbarungen oft nicht gerade dienlich. Wenigstens sollte nicht vergessen werden, daß die in den letzten Jahren geführte *Grundwertediskussion* Ergebnisse gebracht hat, die die spezifischen Aufgaben der kirchlichen Verkündigung für die Gesellschaft klarer hervortreten lassen. *Alexander Schwan* hat in einer Bilanz dieser Diskussion festgestellt: „In diesem Zusammenhang ist es auffällig und ermutigend, daß die bei der Grundwerte-Diskussion miteinander in Streit geratenen Institutionen und Organisationen, d. h. die Kirchen, die Parteien und der Staat, sich weithin zu denselben Grundwerten bekennen“ (A. Schwan, Grundwerte der Demokratie, S. 53). Natürlich kann ein bloßes gemeinsames Bekenntnis zur Unentbehrlichkeit von Grundwerten für das gesellschaftliche Zusammenleben den Zerfall des Wertbewußtseins – wenn es ihn denn wirklich in besorgniserregendem Umfang geben sollte – nicht aufhalten. Trotzdem sollte dieser Grundkonsens – bei allen kontroversen Punkten im einzelnen – auch Inhalt und Grundton bischöflicher Erklärungen prägen.

Eine Chance, die genutzt werden könnte

Damit wird nicht ein bloßes Postulat formuliert: Waren schon die früheren Verlautbarungen nicht ganz und gar auf den anklagend-verurteilenden Grundton gestimmt, so setzen die beiden letzten gesellschaftspolitischen Erklärungen der Bischofskonferenz von 1977 („Grundwerte

verlangen Grundhaltungen“) und von 1978 („Ursachen des Terrorismus und seiner Überwindung“) durchaus einen *neuen Akzent*: sie sind weniger warnend als positiv werdend ausgerichtet, dafür in der Analyse der Phänomene aber eher unverbindlicher. Wenn an die Stelle der Klage über den Wertzerfall stärker der positive Appell an jeden einzelnen und an die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zur Verwirklichung von Grundhaltungen tritt, besteht offensichtlich die Gefahr, daß statt der konservativen eine Art theologischer Engführung vorgenommen wird; einer präzisen Analyse wird dann nicht durch Klagen, sondern eher durch fromme Postulate ausgewichen.

In diesen Zusammenhang gehört zumindest teilweise auch das in diesem Jahr von vielen Bischöfen gezeigte Engagement für die Sache der europäischen Einigung. Natürlich kann es dieser Sache nur nützen, wenn in offener und produktiver Weise an die christlichen Grundlagen Europas und die daraus sich ergebenden Verpflichtungen erinnert wird. Allerdings erweckten manche bischöflichen Stellungnahmen den Eindruck, als habe man mit der *Renaissance der Idee des christlichen Europa* endlich wieder eine politische Zielvorstellung, mit der man sich vorbehaltlos identifizieren könne, ohne sich groß um problematische Implikationen zu kümmern. Von der Wirklichkeit sind solche Vorstellungen oft genauso weit entfernt wie die analysierten Verfallsklagen. Es zeigt sich, wie man von einem Extrem fast mühelos ins andere umkippen kann; damit ist wohl auch nicht der richtige Weg gefunden.

Woran es offensichtlich vor allem fehlt, ist eine nüchterne, differenzierte Sicht der gegenwärtigen Gesellschaft mit ihren oft gegenläufigen Trends und ihren wechselnden Moden. Sie müßte das richtige Maß zwischen Nähe und Distanz finden, an dem es jetzt noch häufig mangelt. Dazu gehörte auch eine weniger deduktive Argumentation, die mit Urteilen und besonders Verurteilungen eher zurückhaltend umgeht, ohne dadurch den Anspruch der christlichen Botschaft zu minimalisieren. Dafür gibt es durchaus Vorbilder, nicht zuletzt in den *Synodendokumenten*, die von Larmoyanz und pauschalen Anklagen bemerkenswert frei sind, auch dort z. B., wo über Ehe und Familie gehandelt wird. Es müßte möglich sein, ohne negative oder überhaupt ohne Schablonen auszukommen und dafür vorsichtiger, differenzierter und damit auch überzeugender zu argumentieren. Solche nüchterne Analyse ist kein Selbstzweck und auch nicht das letzte Wort, sondern soll zu dem führen, was *Karl Lehmann* in einer Zwischenbilanz der Grundwertediskussion so formuliert hat: „In radikal neuer Weise muß die Kirche ihren ureigenen Auftrag neu übernehmen, die ethischen Grundüberzeugungen zu pflegen und wachzuhalten“ (HK, Januar 1977, 16). Dabei könnte sich auch zeigen, daß es sträflich wäre, die *Probleme der bundesrepublikanischen Gesellschaft* und ihrer Kirche angesichts der gegenwärtigen Situation der Welt und auch der Kirche in vielen Ländern zu überschätzen. Wo kann die Kirche trotz aller Friktionen gegenwärtig unter solchen Bedingungen ihre Botschaft verkünden und

ihren vielfältigen Aufgaben nachgehen wie in der Bundesrepublik? Natürlich sollen deswegen die Bischöfe unseren Staat und die Gesellschaft, die ihn trägt, nicht über den grünen Klee loben. Es lassen sich auch durchaus kritische Stellungnahmen denken, die ohne verurteilenden Unterton auskommen. Dafür bräuchte es allerdings den Mut, sich von der Fixierung sowohl auf immer dieselben Themen wie Deutungsschemata zu lösen. An die Stelle der Klage über den „Verfall des öffentlichen und persönlichen Wertebewusstseins“ sollte der Versuch treten, dieser Gesellschaft ihre wirklichen Wertdefizite ins Bewußtsein zu bringen, wozu auch eine größere Sensibilität für neu hervortretende Werte gehörte.

Die Probe aufs Exempel könnte hier das Wahljahr 1980 bringen, in dem wohl wie 1972 und 1976 ein Wort der Bischöfe zu Grundfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu erwarten ist. Die Bischöfe sind um diese Aufgabe gewiß nicht zu beneiden, schon wegen der parteipolitischen und personellen Konstellationen. Warum sollten sie aber nicht den Mut haben, einmal ein nüchternes und ehrliches Wort zur Situation von Staat und Gesellschaft zu sagen, das ohne Voreingenommenheiten und Befangenheiten auskommt, auch wenn es unbequeme Wahrheiten formuliert. Hier liegt eine Chance, die im Interesse nicht nur der Christen in diesem Land genutzt werden sollte.

Ulrich Ruh

Vorgänge

Jugend und Glaube. Europäisches Bischofssymposium in Rom

Vom 17. bis 21. Juni fand in Rom das *Vierte Europäische Bischofssymposium* statt. Dabei wurde ein Thema behandelt, das wohl in allen europäischen Ländern im Blick auf die gegenwärtige Situation wie auf die Zukunft der Kirche diskutiert wird: „Jugend und Glaube“. Neben über 70 Bischöfen als Delegierten der verschiedenen europäischen Bischofskonferenzen nahmen an den Beratungen des Symposiums auch Vertreter des Vatikans, Priester und Ordensleute aus mehreren Ländern, Beobachter aus anderen christlichen Kirchen sowie eine Reihe von wissenschaftlichen Experten teil. Schließlich waren auch die Betroffenen durch Vertreter verschiedener katholischer Jugendorganisationen an der Arbeit beteiligt. Auf Bedeutung und Schwierigkeiten des gewählten Themas wies schon Erzbischof Roger Etchegaray von Marseille, der bisherige Vorsitzende des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen, in seiner Eröffnungsansprache hin. Die heutigen Jugendlichen versuchte er als „Erben ohne Erbe, Bauleute ohne Modell, Reisende ohne Gepäck“ zu kennzeichnen, deren Verhalten „die Widersprüche der Welt, in der wir leben,

deutlich macht“ und deren Aufschrei „weniger Revolte als Hilferuf“ sei. Es müsse dem Symposium darum gehen, sowohl eine ehrliche Diagnose der Situation zu erstellen wie auch eine „bescheidene, aber dennoch anspruchsvolle“ Antwort zu versuchen.

Vielfältige Probleme der Jugendpastoral

Die Beratungsschwerpunkte, in die jeweils durch ein Referat eingeführt wurde, folgten dem bewährten Dreischritt von *Bestandsaufnahme, systematisch-theologischer Ausdeutung und pastoraler Umsetzung*. Den ersten Beratungspunkt eröffnete der Vizesekretär des Sekretariates für die Einheit der Christen, Bischof Ramon Torrella Cascante, mit einem Referat über „Positive und negative Seiten des Glaubens der Jugend von heute in Europa“, wobei er vor allem ein umfangreiches statistisches Material vorlegte. Der spanische Bischof skizzierte das gegenwärtige Verhältnis von Jugend und Gesellschaft und ging dabei hauptsächlich auf einige Grundtendenzen in der Haltung Jugendlicher zu

Kirche und Glaube ein. Das reichlich verwertete Zahlenmaterial aus westeuropäischen Ländern sowie aus Polen zeigt, daß der Glaube an Gott und an Jesus Christus noch einen beträchtlichen Teil der Jugendlichen prägt, allerdings bedeute für sehr viele von ihnen „an Jesus Christus glauben“ nicht, „an seine göttliche Gegenwart und sein Wirken in der Kirche“ zu glauben. Die Zahl der jungen Menschen sei noch immer im Ansteigen begriffen, für die Kirche „dem Leben fern“, veraltet und als Gesprächspartner überholt sei. Bischof Torrella Cascante bezeichnete vor allem „die Andersartigkeit des Sprachgebrauchs bei der jungen und älteren Generation“ als „echte Schwierigkeit bei der Aufgabe der Glaubenserziehung“. Damit waren die Probleme angesprochen, mit denen sich das Symposium des weiteren auseinandersetzen mußte: verschiedene Formen der Teilidentifikation Jugendlicher mit Kirche und Glauben, ein oft diffuses religiöses Interesse, Sprachprobleme zwischen kirchlicher Verkündigung und Jugend.

In seinem systematisch-theologischen Grundsatzreferat versuchte der Aachener Bischof Klaus Hemmerle sowohl die negativen wie positiven Erfahrungen aufzugreifen, die Jugend-